



*klein, und vollkommen, sagte
mein Freund und meinte die*

olivetti

LETTERA 22

EINE SPITZENLEISTUNG AUS DEM
JAHRESPROGRAMM DER GRÖSSTEN
BÜROMASCHINENFABRIK EUROPAS
DIE IDEALE SCHREIBMASCHINE MIT
ALLEN TECHNISCHEN VORZÜGEN

*

PREIS 430.- DM m. Luxus
Tasche
BEQUEMER ERWERB BEI UNSEREM
ZAHLUNGSPLAN VON 6, 12, 18 UND
24 MONATS RATEN

*

THEO MÜLLER K.-G.

Gen.-Vertr. für Norddeutschld.

VERWALTG. HBG. 26, RITTERSTR. 86
FERNRUF: 25 26 44, 25 25 50 u. 25 41 85

Ausstellungsräume u. Verkaufsräume:
Rathausm./Ecke Hermannstr., 3272 62

VERKAUFSBÜRO HANNOVER
HANN., ANDREAESTR. 7, RUF. 21080

VERKAUFSBÜRO BREMEN
BREMEN, SCHILLERSTR. 12A, R. 29930

VERKAUFSBÜRO GÖTTINGEN
DÜSTERE-EICHENWEG 20, RUF. 6267

Auftrag, „mit der Regierung der DDR Verhandlungen aufzunehmen“, um die Passierscheinbestimmungen für die Besucher der beiden Friedhöfe des bereits sowjetzonalen Vorort-Bezirks Stahnsdorf zu lockern. Auf den Friedhöfen ruhen 105 000 Tote.

Bis sich der sowjetzonale „Staatssicherheitsdienst“ (SSD) entschließen konnte, den Besuch dieser Gräber freizugeben, vergingen zwei Monate. Er tat es am 6. November, weil Propst Grüber nicht locker ließ. Und der SSD machte auch noch Einschränkungen:

- Die Besucher aus Westberlin müssen den kürzesten Weg vom Bahnhof zu den Friedhöfen gehen.
- Es ist ihnen verboten, noch lebende Angehörige in Stahnsdorf zu besuchen.
- Die nicht genehmigten Zugangswege werden von der Volkspolizei abgeriegelt.
- Zur Rast wird lediglich das Stahnsdorfer S-Bahn-Restaurant für Westberliner freigegeben.

Seit Montag vergangener Woche können sich nun die Hinterbliebenen DDR-genehmigte Passierscheine beim Evangelischen Stadtsynodalverband in Westberlin kostenlos abholen. Bereits in den ersten Tagen wurden 10 000 Scheine an solche Personen ausgegeben, die dokumentarisch nachweisen konnten, daß einer ihrer Angehörigen auf einem der beiden Friedhöfe begraben liegt.

Der Synodalverband hat nämlich die Befürchtung, daß sich einzelne politische Gruppen unter die Trauernden mischen und westliche „Freiheit-kommt-wieder“-Parolen auf dem Friedhof verbreiten könnten.

WIDERSTAND

So etwas wie Feme

Drei Germans“ aus Westberlin erhielten im Frühjahr dieses Jahres von einem Agenten den Auftrag, als Postangestellte verkleidet mit Nachschlüsseln Telephonverteilerkästen im sowjetischen Sektor Berlins zu öffnen und Sprengladungen hineinzupacken.

Auf Geheiß des gleichen Auftraggebers zeichneten zwei andere Antibolschewisten namens Georg Kernchen und Günter Brauer Skizzen östlicher Eisenbahnbrücken und gaben genau an, wo Explosivstoffe anzubringen seien, wenn man eine optimale Sprengwirkung erzielen wolle.

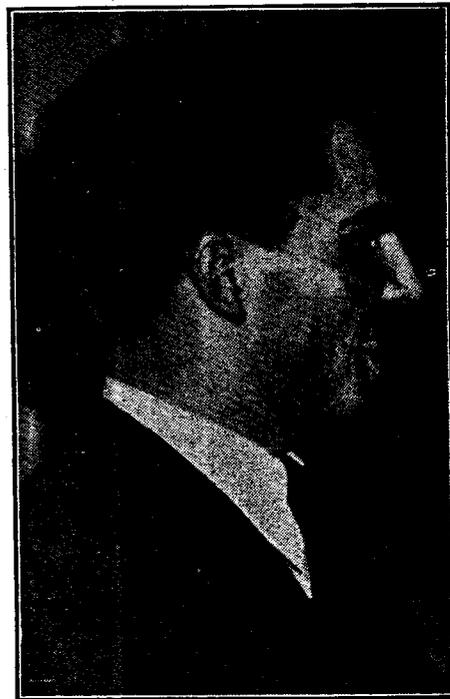
Dann ging das Widerstands-Duo dazu über, Säurefläschchen in die Mechanismen sowjetzonaler Maschinen zu entleeren, so daß deren Ränder sich nicht mehr für den Fünfjahrplan drehen konnten. Bevor man ihnen schließlich Preßkohlen mit „eingebauten“ Sprengladungen andrehen konnte, mit denen sie östliche Kohlenvorräte in Brand setzen sollten, wurden die beiden vom sowjetzonalen „Staatssicherheitsdienst“ ertappt, ebenso wie die drei Ostberliner Telephon-Saboteure mit dem verpflichtenden Namen „Drei Germans“.

Den sowjetdeutschen „Volksrichtern“, die diese Widerstandskämpfer verhörten, fiel es nicht schwer, zu behaupten, daß der Auftraggeber der Angeklagten — wie fast in jedem ähnlichen Fall — die Westberliner „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ sei.

Die „Kampfgruppe“ rückte in den Vordergrund des ost-westlichen Notenkrieges, als Sowjet-Kontrollkommissar Tschuikow im Oktober von den westlichen Hochkommissaren forderte, die „Spionage- und Terrorzentralen“ in Westberlin aufzulösen. Solche „Spionage und Terrorzentralen“ in Tschuikows Sinn sind:

- Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU).
- Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen der Sowjetzone.
- Vereinigung politischer Ostflüchtlinge.
- Ostbüro der CDU.
- Ost-Redaktion der Morgenzeitung „Telegraf“.

Ohne Zweifel gibt sich jede westliche Organisation einer verdienstvollen Beschäftigung hin, die — wie etwa der „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juri-



Wir finanzieren uns ...
„Kampfgruppen“-Gründer Hildebrandt

sten“ (SPIEGEL 16/52) — alles Unrecht in der Sowjetzone verfolgt und anprangert, potentielle Opfer warnt und ihnen hilft und den Kommunisten ein unerbittliches Gericht für später androht.

Organisationen dieser Art geben den Sowjetzonenbewohnern damit das stärkende Gefühl, nicht verlassen zu sein, und halten die SED-Tyrannen in Angst und Unruhe — weswegen schon eine Menge „Volksgerichts“-Urteile milder ausgefallen sind.

Das war der hartgesottene „Kampfgruppe“ zu zahm. Sie wollte die rote Diktatur ins Wanken bringen. Sie verletzte sich auf anderes. Sie beauftragte teilweise unerfahrene Jungen, die aus Empörung gegen die Kommunisten alles mitzumachen bereit waren, verantwortungslos mit vertrackten Aufträgen; die Jungen fielen dem sowjetdeutschen „Staatssicherheitsdienst“ reihenweise in die Hände und müssen wegen sinnloser, fehlgeschlagener Unternehmen die besten Jahre ihres Lebens im Zuchthaus verbringen.

Die Westberliner Zentrale der „Kampfgruppe“ vor allem aber sieht einem Skandal immer ähnlicher als einer Bastion der freien Welt. Ihr Chef, Ernst Tillich, wurde vorletzte Woche aus seiner Partei, der SPD, ausgestoßen, nachdem er sein Bestes getan hatte, um mit seiner Tätigkeit mehr dem Ansehen des Westens und der Arbeit verantwortungsbewußter Westberliner Stellen zu schaden als den kommunistischen Unterdrückern der Sowjetzone.

Gegen Tillich haben sich die Berliner Bundesvertretung, der Westberliner Innen-



senator Müller und das Bonner Kaiser-Ministerium ausgesprochen.

Nur die drei westlichen Hochkommissare nahmen die „Kampfgruppe“ noch in Schutz, als sie mit erzwungener Ahnungslosigkeit an Tschuikow schrieben, daß auch die Kampfgruppe „freiwillig von Deutschen geschaffen“ sei, „denen die Interessen des deutschen Volkes am Herzen liegen“.

So ähnlich hörte es sich an, als der Gründer der „Kampfgruppe“, Rainer Hildebrandt, am 8. Dezember 1948 von seiner Grunewald-Villa aus die Ziele der Kampfgruppe definierte: „Aufklärung aller Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gleichviel, wo und durch wen sie begangen werden, Aufbau eines Suchdienstes zur Feststellung des Schicksals der in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands verhafteten oder verschleppten Personen; Unterstützung aller sich mit politischen Mitteln gegen das in Mitteleuropa herrschende Terrorsystem auflehrenden Kreise.“

Auf verschiedene Anfragen, wie die „Kampfgruppe“ diese aller Unterstützung werten Taten finanziere, antwortete Hildebrandt geschickt, aber vage: „Wir finanzieren uns von den Groschen der Verzweiflung.“

Die leichtsinnige „Unterstützung“ durch die „Kampfgruppe“ brachte Verhängnis über die Kreise in Mitteleuropa, die sich gegen den Terror auflehnten. Folgende Angehörige dieser Kreise sind u. a. in diesen Monaten wegen „Kampfgruppen“-Verdachts im Osten vor Gericht gestellt und verurteilt worden: Werner Tocha, 20, zu 9 Jahren Gefängnis, Gerhard Blume, 20, zu 8 Jahren Gefängnis, Gerhard Schultz, 20, zu 5 Jahren, Johann Burianek, Todesstrafe, Wolfgang Kaiser, Todesstrafe.

Insgesamt liegt die Zahl der in diesem Jahr unter „Kampfgruppen“-Verdacht Verhafteten um 200 und steigt ständig weiter. Der Volkspolizei-Chefinspektor Erhard König (SED) behauptet, daß bisher 200 Volkspolizisten „im Kampf gegen Agenten, Spione und Saboteure“ ihr Leben verloren hätten. „Auf jeden toten Volkspolizeikameraden werden zwei Feinde der neuen Demokratie kommen!“, drohte König.

Maßgebliche Stellen in Westberlin beschleicht ein ungesüßtes Gefühl, wenn sie sich die Verurteilungslisten ansehen. Immer mehr Persönlichkeiten — Propst Grüber ist nur einer von vielen — protestierten



... von den Groschen der Verzweiflung „Kampfgruppen“-Führer Tillich

gegen die fahrlässigen Widerstandsaufträge der „Kampfgruppe“ an Jugendliche.

Die „Kampfgruppe“ dehnte ihre Aktivität auch auf Westberlin aus. Der Westberliner Journalist Heinz Krüger wurde am 9. November 1950 in seiner Hermsdorfer Wohnung (französischer Sektor) von „gangsterhaften“ Gestalten überfallen, die die Polizei aber kurz darauf festnehmen konnte.

Am nächsten Tag berichteten alle Westberliner Zeitungen von einem mißglückten Menschenraubversuch an dem Journalisten Krüger und forderten energisches Vorgehen gegen die Täter. Was die Öffentlichkeit nie erfuhr, war, daß diese Täter wenige Stunden nach ihrer Verhaftung wieder auf freiem Fuß waren.

Auf der Polizeiwache stellte sich nämlich heraus, daß die beiden angeblichen Menschenräuber Karl Heinz Stabenow, 22, und Dieter Norden, 19, Agenten der

„Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ waren, die Krüger „einen Denkzettel“ für sein neutralistisches Verhalten und seine Verbindungen zum „Nauheimer Kreis“ des Professor Noack verpassen wollten.

Ein gewisser Seeberg, den Karl Heinz Stabenow und Dieter Norden von der Wache aus anriefen, hatte die Freilassung der Verhafteten verlangt. Seeberg war das Pseudonym des „Kampfgruppen“-Vorstandsmitgliedes Tietze, das seine Leute bei solchen Pannen zu decken pflegte.

Inzwischen aber hat sich das Verhältnis der Westberliner Polizei zur „Kampfgruppe“ sehr verschlechtert. Bereits am 27. Dezember 1950 sagte Polizeipräsident Dr. Stumm in Anwesenheit seines Stellvertreters Dr. Urban in einer vertraulichen Unterredung, „daß sich in bestimmten westlichen Kreisen, die sich vielfach aus alten belasteten Nationalsozialisten rekrutierten, so etwas wie eine neue Feme-Organisation aufbaut“, gegen die man ernste Maßnahmen ergreifen müsse.

Es dauerte ein Jahr, bis Polizeipräsident Stumm seine Maßnahmen wenigstens teilweise wahr machte. Er untersagte im November 1951 seinen Polizeibeamten streng, der „Kampfgruppe“ noch irgendwelche Auskünfte zu geben.

In der „Kampfgruppe“ setzten Reformbestrebungen ein, als ein Mann nach dem anderen vom „Staatssicherheitsdienst“ (der ausgekochte Gestapo-Leute beschäftigt) abgeschossen wurde. Ein Grund dafür war, daß, ähnlich wie im Fall Dr. Linse im „Untersuchungsausschuß freier Juristen“, auch in der „Kampfgruppe“ eine östliche „Staatssicherheitsdienst“-Agentin als Sekretärin saß. Sie kehrte ungeschoren nach Ostberlin zurück, und der bohemienhafte Dilettantismus der „Kampfgruppe“ wurde zum Gespött des SSD.

Das stachelte den Ehrgeiz des SPD-Funktionärs Ernst Tillich auf, der bereits im Frühjahr 1950 zur „Kampfgruppe“ gestoßen war und sich beharrlich an deren Spitze spielte. Er räumte erst mit den Vertrauensleuten auf, die Rainer Hildebrandt geheuert hatte. Dann engagierte er nach und nach sieben wohlinformierte Polizisten aus Stumms Stab für die wichtigsten Posten.

Walter Dethloff bekam den Decknamen Martini und wurde zum Geschäftsführer ernannt. In dieser Eigenschaft machte er dann den ehemaligen Kripo-Assistenten

Ich bleibe meiner Marke treu!

Das ist der große Vorteil der Denicotea-Filter-Spitze: man kann bei seiner gewohnten Zigarettenmarke bleiben und hat doch alle Vorteile des gesünderen Rauchens. Teer und Nicotin werden von der Denicotea-Patrone „geschluckt“ und reiner, gefilterter Rauch läßt das wahre Aroma des Tabaks zum ungetrübten Genuß werden. Darum empfehlen so viele Ärzte

DENICOTEA

ZIGARETTEN- • ZIGARREN- • ZIGARILLO-
SPITZEN • PFEIFEN • DENICLEAN • ERHÄLT-
LICH IN TABAKWAREN-FACHGESCHÄFTEN

Im
Asbach-Uralt-
ist der Geist des Weines

Werner Geerds zum Leiter der Vernehmungsabteilung.

Aus dem jetzt 30jährigen Gerd Baitz wurde der Leiter der Abteilung Widerstand*), Leeder. Mit knapp 1000 Mark Monatsgehalt machte er sich im Hause Kurfürstendamm 106 an die Arbeit. Mit den Worten: „Jetzt weht hier ein frischer Wind“ brach er erst einmal die Schränke und Schreibtische der alten Mitarbeiter auf.

Als Hildebrandts Vertreter Dr. von zur Mühlen gegen die Demolierung seiner Dienstmöbel protestierte, wurde er an die Luft gesetzt. Für ihn holte sich Baitz die ehemaligen Kriminalassistenten Parey und Herzog, die während ihrer Polizeitätigkeit im Referat KJ F5 vorwiegend Menschenraubdelikte behandelt hatten.

Seit Baitz jedoch die Widerstandsabteilung leitet, vermehrten sich die Erfolge des SSD gegen aktive Widerstandskämpfer, meist junge Studenten, erst recht. Im Bereich Wittenberg setzte der SSD 16 Mann fest, im Kreis Grimma 22. Stets führten die Aussagen auf Baitz—Leeder, so auch in dem berühmten Fall des Oberschülers Flade, der zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurde, weil er einen Volkspolizisten durch Stiche verletzt hatte.

Ein Beispiel für die Primaner-Ideen der „Kampfgruppe“ sind die „Tage des Schweigens“, die sie zweimal durch Flugblätter in der Sowjetzone ausrief. In diesen Tagen sollten die Ostzonenbewohner demonstrativ weder ein Kino noch ein Theater noch irgendeine andere Veranstaltung in der Sowjetzone besuchen.

Der Erfolg war, daß alle ohnehin politisch verdächtigen Personen an beiden Tagen Theater und Kinos besuchen mußten, um sich nicht zu verraten. Selten hat es so gut besuchte Veranstaltungen in der Sowjetzone gegeben wie an diesen beiden Tagen. Zum 8. Mai 1950, dem sowjetzonalen „Tag der Befreiung“, war die Bevölkerung von der „Kampfgruppe“ aufgefordert worden, sich nur auf dem rechten Bürgersteig der Straßen fortzubewegen.

Die Autorität des inzwischen zum Leiter der „Kampfgruppe“ avancierten Ernst Tillich begann nun auch zu schwinden. Vom Gründer Rainer Hildebrandt hört man nur noch ab und zu in Erik Reger-Dannensbergs „Tagesspiegel“, wo er hin und wieder kostenlose Ratschläge für den Widerstand erteilt. Er hatte aber in seiner eigenen Gründung nichts mehr zu sagen. Nachdem man Hildebrandt Pfingsten 1951 in die Leitung des anti-kommunistischen „Freiheitsbundes für deutsch-russische Freundschaft“ geholt hatte, war Tillich der unbestrittene Boss der „Kampfgruppe“.

Die Exil-Russen des „Freiheitsbundes“ glaubten bald dahintergekommen zu sein, daß Hildebrandt vom amerikanischen Gespionagedienst (CIC) Zuwendungen erhalte, um den Freiheitsbund „politisch auszuwerten“. Da die Exil-Russen sich aber schrecklich davor fürchten, als US-Agenten zu gelten, mußte Hildebrandt auch seinen Freiheitsbund-Job aufgeben.

Auch Ernst Tillich hatte jetzt an seinem hart erworbenen Posten keine Freude mehr, denn das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen zog seine „Verzweiflungsgroschen“-Subvention zurück, die persönlichen Angriffe und die Vorwürfe gegen die „Kampfgruppe“ hagelten immer dichter, bis die SPD Tillich ausschloß. Gleichzeitig machte Rainer Hildebrandt seinen Austritt aus der Kampfgruppe offiziell.

Gegenwärtig versucht Tillich, die „Kampfgruppe“ abermals zu reorganisieren, um seinen verlustreichen Kampf gegen die Unmenschlichkeit aufrechtzuhalten.

*) Offiziell firmiert die Abteilung Widerstand als „Organisation für kulturelle Hilfe“.

INTERNATIONALES

ISRAEL-REPARATIONEN

Eine Chance

Schuld und Sühne Deutschlands gegenüber Israel (6 Millionen Tote, 1,5 Millionen aus Europa Vertriebene) sollen mit Schuld und Sühne Israels gegenüber den Arabern (852 000 vertriebene Palästina-Araber) verrechnet werden. So wollen es die islamischen Staaten des Vorderen Orients. Bisher haben sich die Juden geweigert, die Schuld- und Sühne-Bilanz der Araber zu akzeptieren.

Jetzt melden jedoch Kenner der israelischen Verhältnisse, daß sich in den Regierungskanzleien der zweigeteilten Stadt Jerusalem ein Meinungswandel andeutet.

tragen, sondern in bar. Den Barbetrag sollte es durch eine internationale Anleihe aufbringen.

Eine solche Regelung würde auch — eher als deutsche Warenlieferungen — eine Begleichung der israelischen Schuld gegenüber den vertriebenen Arabern ermöglichen. Die UNO bezifferte den Entschädigungsanspruch der vertriebenen Araber auf 250 Millionen Dollar, gleich etwa 1,05 Milliarden DM, also auf etwa ein Drittel der westdeutschen Reparationen.

Als General Mohammed Nagib König Faruk verjagt hatte, machte der israelische Ministerpräsident im Knesseth (Israels Parlament) den Vorschlag, mit Ägypten in Verhandlungen einzutreten. Man sagte, Ben Gurion wolle das israelisch-ägyptische Verhältnis so entgiften. Nagib antwortete darauf nicht, und Ben Gurion mußte sich des Vorwurfs „würdeloser Anbiederung“ erwehren.

Inzwischen aber hat sich gezeigt, daß Ben Gurions Witterung richtig war. In der arabischen Front gegen Israel deuten sich Brüche an. Mohammed Nagib ist für ein vorsichtiges Vorgehen — sowohl gegenüber Israel als auch gegenüber Westdeutschland. Dagegen tritt Syriens Staats-Chef, Oberst Adib Schischakli, für eine radikale Lösung des Israel-Problems ein: „Im Vorderen Orient gibt es keinen Platz für Araber und Juden. Zwei Alternativen stehen zur Debatte. Entweder werden die Araber in die Wüste gejagt und ins Meer geworfen oder die Juden kehren in die Länder zurück, aus denen sie gekommen sind.“

Die Neigung, mit den Arabern zu einem Ausgleich zu kommen, gesteht man in Jerusalem nur hinter vorgehaltener Hand ein. Ben Gurion kann es sich angesichts einer starken Opposition nicht leisten, zugleich den Arabern Zugeständnisse zu machen und eine Revision des Reparationsvertrages mit Westdeutschland zu veranlassen. Was er sich äußersten Falles — wie vermutet wird, aber sehr gerne — leisten könnte, wäre ein Nachgeben gegenüber einem entsprechenden Druck von außen, von Seiten der USA oder der UNO.

BENELUX

Die Braut war hübsch

Seit die Kneipwirte in den Hafenschicken von Antwerpen kaum noch ein belgisches Bierfaß anzapfen, weil die Flut des holländischen Oranje- und Amstel-Bieres viel billiger über die Grenze schäumt, geht eine neue Sterbeparole durch Belgien.

Die Belgier fürchten nicht mehr, durch eine nordamerikanische Tapsigkeit für Königsberg („Mourir pour Königsberg“) oder Berlin sterben zu müssen — sie fürchten



Man hält es nicht mehr für ausgeschlossen, daß Israels Ministerpräsident David Ben Gurion sich unter UNO-Druck zur Abgabe jedenfalls eines Teils der deutschen Reparationen an die arabischen Flüchtlinge in Syrien, Libanon, Jordanien und Ägypten bewegen lassen will.

Den Anstoß zu diesem Meinungswandel gab allerdings nicht eine moralische, sondern eine materielle Überlegung. Die besagt, daß die deutschen Lieferungen (Gesamtwert: 3,5 Milliarden DM) die ohnehin mehr als labile Wirtschaftsstruktur Israels vollends aus dem Gleichgewicht zu bringen drohen. In Jerusalem befürchtet man, daß die von Westdeutschland laut Vertrag zu liefernde maschinelle Ausrüstung der neuen israelischen Industrie den technischen Ausbildungsstand der israelischen Arbeiterschaft bei weitem überfordern würde.

Darum, so heißt es, habe Dr. Nahum Goldmann — einer der Initiatoren der deutsch-israelischen Reparationsverhandlungen — nunmehr vorgeschlagen, Westdeutschland solle veranlaßt werden, seine Schuld nicht in Warenlieferungen abzu-